

Neue Zürcher Zeitung

## Streit um sauberes Trinkwasser im Ständerat

Die Sauberkeit des Trinkwassers bewegt die Bevölkerung – und inzwischen auch die Politik. In einer emotionalen Debatte stimmt der Ständerat für einen faktischen Gegenvorschlag. Umstritten war der Einbezug von Düngemitteln.

Christof Forster, Bern  
14.09.2020, 22.22 Uhr



Die Diskussion um sauberes Trinkwasser spaltet die Gemüter.

Karin Hofer / NZZ

Lange bevor sie zur Abstimmung kommen, haben die beiden Pestizid-Initiativen Schwung in den Berner Politbetrieb gebracht. Im Ständerat war am Montag ein faktischer Gegenvorschlag unbestritten. Hart gerungen wurde jedoch darum, wie weit dieser gehen soll. Die vorberatende Kommission wollte nicht nur Pestizide, sondern die Düngemittel Stickstoff und Phosphor reduzieren. Auch sie gelten als wichtige Quelle für die Belastung von Grundwasser. Zusätzlich angeheizt hat die Debatte ein Artikel in der «Bauernzeitung». Dort waren jene Mitglieder der Wirtschaftskommission (WAK) namentlich erwähnt, die für den Einschluss der Düngemittel gestimmt hatten. Mehrere Ständeräte zeigten sich erbost über die dreiste Verletzung des Kommissionsgeheimnisses.

Einig war man sich im Ständerat, dass die beiden Volksinitiativen zu weit gehen. Er empfiehlt deshalb die Initiativen mit 29 zu 8 Stimmen (beziehungsweise 28 zu 9 Stimmen) zur Ablehnung. Der Nationalrat hatte sie bereits 2019 behandelt und abgelehnt. Die Trinkwasserinitiative verlangt, dass Direktzahlungen des Bundes nur noch an Bauern fließen, die pestizidfrei produzieren. Eine weitere Initiative will den Einsatz von Pestiziden rundweg verbieten. Weil man vor allem der Trinkwasserinitiative an der Urne gute Chancen einräumt, hat die WAK des Ständerats ein Gegenprojekt aufgesetzt. Um beim Verfahren flexibler zu sein, ist es ausdrücklich kein indirekter Gegenentwurf zu den Initiativen.

### **Durchkreuzte Taktik**

Diesem Gegenprojekt hat nun der Ständerat zugestimmt und es punktuell verschärft. Es soll ein verbindlicher Absenkpfad für Pestizide im Gesetz verankert werden. Die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser sollen bis 2027 halbiert werden. Als Referenzwert dient das Mittel der Jahre 2012 bis 2015. Der ursprüngliche Vorschlag der WAK war der erste mehrheitsfähige Kompromiss zu den Pestizid-Initiativen, den auch Bauernvertreter unterstützten.

An diesem Kompromiss wäre wahrscheinlich nicht mehr gerüttelt worden, wenn nicht die gleiche WAK die Beratung der Agrarpolitik 22+ sistiert hätte. Unter dem Einfluss der Pestizid-Initiativen ist die Vorlage für die Agrarpolitik der kommenden Jahre erst grün geworden. Doch dies war dem Bauernverband unter Führung von Chefstrategie und CVP-Nationalrat Markus Ritter wohl ein Dorn im Auge. Sein Kalkül dürfte sein, mit der Verzögerung die ökologischen Elemente der Reform abzuschwächen.

Ob dieser Plan aufgeht, bleibt offen. Die WAK des Ständerats hat nämlich eine Sicherung eingebaut. Praktisch einstimmig hatte sie den Absenkpfad für Pestizide auf Düngemittel erweitert. Sie sind Teil der Agrarpolitik 22+. Über deren Sistierung entscheidet der Ständerat im Dezember. Demnach sollen Stickstoff und Phosphor bis 2025 um 10 Prozent und bis 2030 um 20 Prozent reduziert werden. Referenzwert ist das Mittel der Jahre 2014 bis 2016.

## Wichtiger Zahn gezogen

Dieser Teil war am Montag hoch umstritten im Plenum. CVP-Ständerat Beat Rieder sprach von einem «Schnellschuss» und wollte den Passus streichen. Damit unterlag er aber ganz knapp mit 22 zu 21 Stimmen. Drei der von der «Bauernzeitung» genannten Befürworter des Kommissionsvorschlags haben ihre Position geändert und im Plenum dagegen gestimmt. Er wolle nicht einen Entscheid aus der Landwirtschaftspolitik vorwegnehmen, mit dem Schweizer Bauern rund 40 000 Stück Vieh weniger halten könnten, sagte Rieder. Das bedeute einen Einkommensverlust. Die Befürworter hielten dagegen, die beantragte Reduktion von Stickstoff und Phosphor sei Teil der Vernehmlassung gewesen. Ohne deren Einbezug sei es viel schwieriger, die Pestizid-Initiativen an der Urne zu bekämpfen. Landwirtschaftsminister Guy Parmelin plädierte dafür, die Beratung der Agrarpolitik 22+ nicht zu verschieben. Dann könnten die Reduktion der Nährstoffverluste mit den geplanten finanziellen Abfederungsmassnahmen diskutiert werden.

Ganz knapp mit Stichentscheid des Ratspräsidenten sprach sich der Rat für einen Kompromiss aus, den der CVP-Vertreter Benedikt Würth eingebracht hatte. Dieser sieht einen Absenkpfad für Stickstoff und Phosphor ohne Prozente und Fristen vor. Der Bundesrat legt dabei die Reduktionsziele und die Methode für deren Berechnung fest. Dabei soll die Branche einbezogen werden. Gegen den Schluss der Debatte entschärfte der Ständerat das Gegenprojekt zu den Pestizid-Initiativen in einem wichtigen Punkt. Mit 25 zu 14 Stimmen votierte er für einen Antrag von SVP-Ständerat Hannes Germann, keine Lenkungsabgabe zu ermöglichen für den Fall, dass die Reduktionsziele nicht erreicht werden. Parmelin wies vergeblich darauf hin, dass die Kantone griffige Korrekturmassnahmen gefordert hätten. Das Gegenprojekt geht nun in den Nationalrat.

## Mehr zum Thema

### KOMMENTAR

#### Ein schöner Steilpass für die Trinkwasserinitiative

Die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative treiben die Landwirtschaft und das Parlament vor sich her. Der Ständerat hat sich nun auf einen faulen Kompromiss geeinigt. Eine Lenkungsabgabe täte not.

Nicole Rütli 15.09.2020



---

## **Streit um Chemie im Trinkwasser: Der Bund muss Informationen zu umstrittenem Pflanzenschutzmittel von der Website streichen**

Das Pflanzenschutzmittel Chlorothalonil gilt als «wahrscheinlich krebserregend». Für das Trinkwasser gelten deshalb neue Grenzwerte. Zum Unmut des Agrochemiekonzerns Syngenta, der vor Gericht zog und nun recht erhält – vorerst.

Kathrin Alder 28.08.2020



---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.